

Marktrat beschließt Anhebung der Hebesätze

Vorberatung zum Haushalt 2021: Ausnahmsweise mit Zuweisung zum Verwaltungshaushalt

Wartenberg. (bs) Der Haushalt 2021 bereitet den Markträten großes Kopfzerbrechen. Er wurde in den Haupt- und Finanzausschusssitzungen am 3. Mai und 7. Juni vorberaten. Nach einem Gespräch mit der Kommunalaufsicht wurden weitere Änderungen vorgenommen. In der Sitzung am Montag wurde dann der erneut überarbeitete Haushalt im Entwurf vom 16. Juni vorberaten.

Trotz der Kürzungen müssen heuer 1,2 Millionen Euro vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Dies dürfe nur in einem Ausnahmejahr erfolgen, sagte Bürgermeister Christian Pröbst. Normalerweise erfolgt die Zuwei-

sung in die andere Richtung. Doch die Marktgemeinde muss eine Kreisumlage von 3885400 Euro zahlen und bekommt keine Schlüsselzuweisung. Dabei wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 3908000 Euro (Vorjahr: 3831000 Euro) angesetzt.

Weitere 94000 Euro kommen in die Kasse durch die Erhöhung der Hebesätze, die bei drei Gegenstimmen beschlossen wurde: bei der Grundsteuer A von 300 auf 340, bei der Grundsteuer B von 330 auf 340 und bei der Gewerbesteuer von 340 auf 350 Euro.

Der Bürgermeister betonte, dass das Landratsamt Zustimmung zum vorliegenden Haushalt signalisiert habe, aber auch darauf hinwies,

dass dies ein Ausnahmefall bleiben müsse. Sollte auch im nächsten Jahr eine ähnliche Situation vorliegen, müsse der Markt zur Deckung der Finanzierungslücke im Verwaltungshaushalt ein Grundstück verkaufen. Nach Ansicht von SPD-Marktrat Michael Paulini könnte die Lage im nächsten Jahr noch schlechter werden. Diesbezüglich wies der Bürgermeister darauf hin, dass man sicher eine noch größere Schuldenaufnahme vornehmen müsse, da der Um- bzw. Neubau der Schule finanziert werden muss. Er hoffe aber dann wieder auf eine Schlüsselzuweisung, um einen Verkauf von Baugrund werde man allerdings kaum herumkommen. Beim Gewerbegebiet gelte es, mög-

lichst Gewerbe anzusiedeln, durch die Arbeitsplätze entstehen.

Grundstücke verkaufen oder verpachten

Josef Sedlmaier (CSU) sagte, die Markträte müssen einsehen, dass es nur helfe, Grundstücke zu verkaufen, um die Einrichtungen für Kinder und die Sozialwohnungen finanzieren zu können. Eduard Ertl (Neue Mitte) sagte, er sehe das etwas gespalten und riet dazu, so wenige Grundstücke wie möglich zu verkaufen und lieber als Erbpacht zu vergeben.

Der Bürgermeister sagte, da würde nur ein Mittelweg bleiben. Michael Gruber (SPD) verwies erneut

auf seiner Ansicht nach unnötigerweise getätigte Ausgaben, etwa beim Recyclinghof.

Dominik Rutz (Die Grünen) schloss sich Ertls Meinung in puncto Erbpacht an. Er wisse auch, dass man um den Schulbau nicht herumkomme und dieser nur mit Krediten möglich ist. Markträtin Martina Scheyhing empfahl, die Installation der Lampen im Bründlhof zu verschieben – hier wurde dann ein Teilbetrag aus dem Haushalt herausgenommen.

Bei einer Gegenstimme beauftragte der Marktrat die Verwaltung, den Haushalt, wie vorgelegt, mit den noch vorgenommenen Änderungen, für die Beschlussfassung vorzubereiten.